

Kritik von vielen Seiten an Entscheidungen der Koalitionäre zu Grundsteuer, Humboldt-Forum und Kanzler-U-Bahn

Die Mieten in Berlin werden steigen

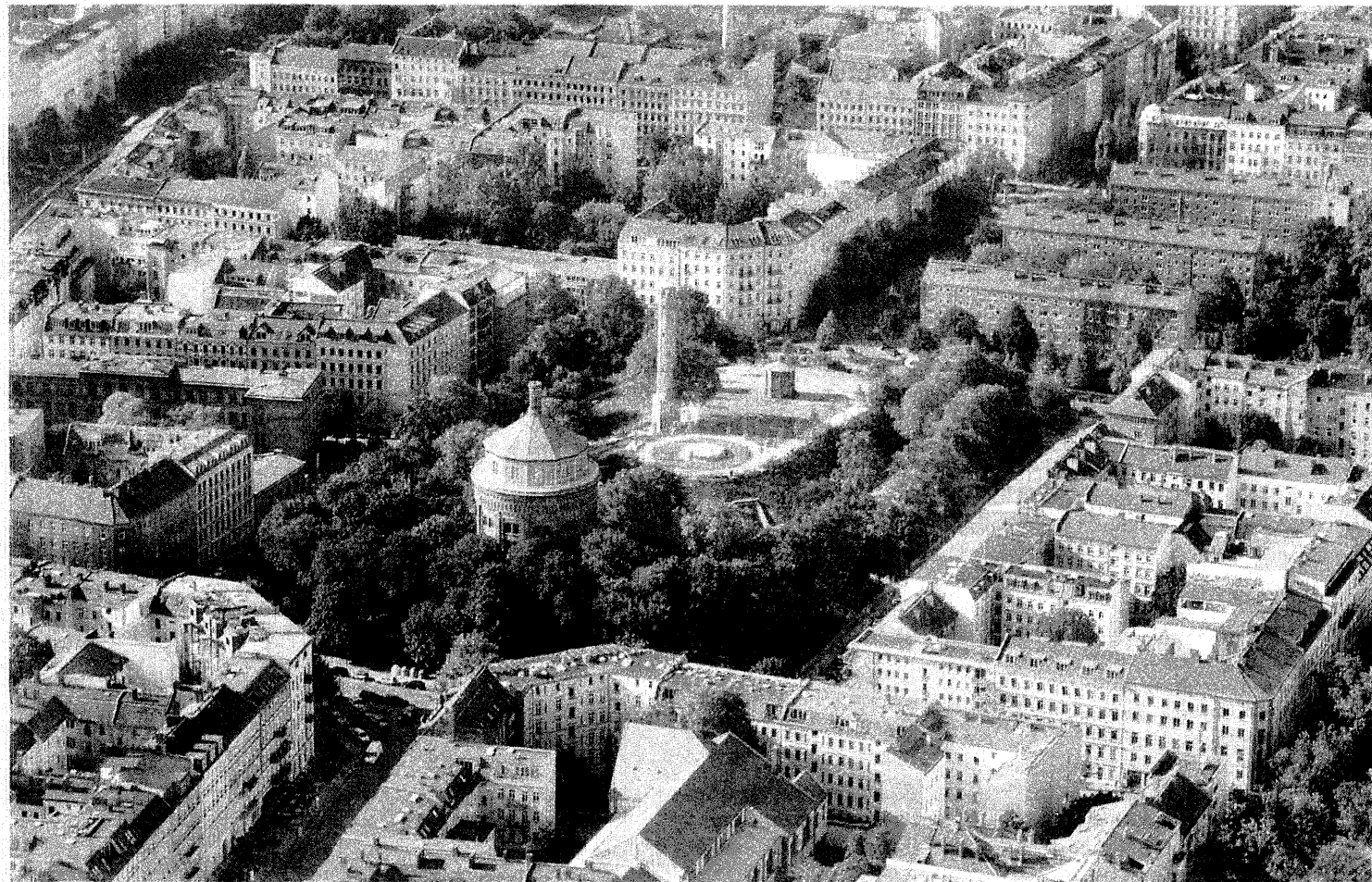
■ Von Stefan Schulz

Berlins Mieter müssen sich auf höhere Kosten einstellen. SPD und Linkspartei.PDS haben beschlossen, die Grundsteuer und Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Diese werden in der Regel auf die Betriebskosten umgelegt. Außer den Grünen haben diese Entscheidung alle Parteien und Verbände gestern kritisiert. Zugleich verabschiedete sich die künftige Landesregierung von der Mitfinanzierung des Humboldt-Forums und des Weiterbaus der Kanzler-U-Bahn bis zum Alexanderplatz.

Grunderwerbsteuer wird erhöht

Von der Erhöhung der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer versprechen sich die Verhandlungspartner Mehreinnahmen von 220 Millionen Euro im Jahr. Die Grunderwerbsteuer steigt von 3,5 auf 4,5 Prozent, die Grundsteuer wird von 660 auf 810 Punkte angehoben. Nach Angaben der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmer bedeutet die Anhebung der Grunderwerbsteuer, dass künftig für ein Reihenhauses, das 200 000 Euro kosten soll, nicht mehr 7000, sondern 9000 Euro zu zahlen sind.

Die Erhöhung der Grundsteuer bedeutet, dass die Mieten pro Monat um vier Cent pro Quadratmeter steigen, teilte der Berliner Mieterverein mit. Wer in einer 100-Quadratmeter-Wohnung lebt, muss also künftig 48 Euro mehr im Jahr für Betriebskosten bezahlen. Die Grundsteuer kann und wird in der Regel als Betriebskosten auf die Mieten vertraglich umgelegt. „Die geplante Erhöhung der Grundsteuer führt zu weiteren Mehrbelastungen für Mieter, die diese angesichts anderer Erhöhungen und Realeinkommensverlusten kaum noch verkraften können“, kritisierte der Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, Hartmann Vetter. FDP-Fraktionschef Martin Lindner verwies darauf, dass



Wohnen in der Hauptstadt wird durch die Erhöhung der Grundsteuer überall teurer: auch rund um den Wasserturm in Prenzlauer Berg

FOTO: PA/ZB

Berlin mit 810 Punkten Grundsteuer weit vor dem Berliner Umland (im Schnitt unter 500) und Hamburg (540) liege. „Rot-Rot erdrückt damit das private Engagement in einer der größten Wachstumsbranche unserer Stadt, dem Immobiliensektor“, sagte Lindner. Kritik kam auch vom Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzerverein. Steuererhöhungen als Antwort auf zu hohe Ausgaben seien der hilflose Ausdruck begrenzter politischer Denkfähigkeit und fehlenden politischen Mutes, monierte Dieter Blümmel, Sprecher von Haus & Grund.

Kein Geld für Humboldt-Forum

Die potenziellen Koalitionäre haben sich am Montag auch darauf verständigt, kein Geld mehr für das geplante Humboldt-Forum bereitzustellen. Es soll auf

dem Schlossplatz in Mitte entstehen. Das Land Berlin will auch keine Flächen für die Landesbibliothek und die Humboldt-Universität beanspruchen. Stadtschloss-Förderer zeigte sich davon gestern nicht sehr beeindruckt. 60 bis 100 Millionen Euro habe Berlin tragen wollen. Da es sich aber bei der Investition von Schlossbau und

Humboldt-Forum im Wesentlichen um ein Bundesengagement handle, sei er gar nicht böse. „Bei einem Sieg Berlins in Karlsruhe wäre der Beitrag des Bundes massiv gefährdet gewesen.“ So könne der Bund nun gezielter investieren. Ins Humboldt-Forum wandern nun allein die Sammlungen außereuropäischer Kulturen aus den Dahlemer Muse-

en. Von Boddien ist optimistisch: Baubeginn auf dem Schlossplatz soll 2009 sein. „Ziel der Fertigstellung könnte der 3. Oktober 2015 sein.“

Kurzstrecke Kanzler-U-Bahn

Die U-Bahn-Linie 55, die sogenannte Kanzlerlinie, wird eine Kurzstrecke bleiben. Das Land Berlin ist mit der Entscheidung

RECHEN-BEISPIELE

Mieterhöhung Der Berliner Mieterverein hat errechnet, dass die Erhöhung der Grundsteuer von durchschnittlich 20 auf 24 Cent die Betriebskosten von 1,45 Euro auf 1,49 Euro pro Monat anhebt. Für eine 60 Quadratmeter große Wohnung ergibt sich eine Mehrbelastung von 2,40 Euro pro Monat und 28,80 Euro pro Jahr.

Verkauf Der rot-rote Senat verspricht sich aus dem Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG) Einnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. Bislang hatte vor allem die SPD die Veräußerung abgelehnt. sz

vom Montag aus der Finanzierung der Strecke zwischen Pariser Platz und Alexanderplatz ausgestiegen. Berlin gerät dadurch in Gefahr, die Vorleistung des Bundes in Höhe von 150 Millionen Euro zurückzahlen zu müssen. So viel hatte der Bund für den Ausbau vom Hauptbahnhof über den Reichstag zum Brandenburger Tor vorgestreckt. Zentrale Bedingung damals: Mit dem Weiterbau bis zum Alexanderplatz, der insgesamt 3,9 Kilometer lang sein wird, soll bis 2010 begonnen werden. „Wir führen mit dem Bund Gespräche über diese Frage“, sagte gestern die Sprecherin der Stadtentwicklungsverwaltung, Petra Rohland. Nach ihren Angaben war es zudem eine Forderung des Bundes, dass die Kurzstrecke bis 2008 in Betrieb geht. Ob das umgesetzt werden kann, ist derzeit ebenfalls fraglich.

Die Mieten in Berlin werden steigen

Kritik von vielen Seiten an Entscheidungen der Koalitionäre zu Grundsteuer, Humboldt-Forum und Kanzler-U-Bahn

VON STEFAN SCHULZ

Berlins Mieter müssen sich auf höhere Ausgaben einstellen. SPD und Linkspartei.PDS haben beschlossen, die Grundsteuer und Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Diese werden in der Regel auf die Betriebskosten umgelegt. Außer den Grünen haben diese Entscheidung alle Parteien und Verbände gestern kritisiert. Zugleich verabschiedete sich die künftige Landesregierung von der Mitfinanzierung des Humboldt-Forums und des Weiterbaus der Kanzler-U-Bahn bis zum Alexanderplatz.

Grunderwerbsteuer wird erhöht

Von der Erhöhung der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer versprechen sich die Verhandlungspartner Mehreinnahmen von 220 Millionen Euro im Jahr. Die Grunderwerbsteuer steigt von 3,5 auf 4,5 Prozent, die Grundsteuer wird von 660 auf 810 Punkte angehoben. Nach Angaben der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmer bedeutet die Anhebung der Grunderwerbsteuer, dass künftig für ein Reihenhauses, das 200 000 Euro kosten soll, nicht mehr 7000, sondern 9000 Euro zu zahlen sind.

Die Erhöhung der Grundsteuer bedeutet, dass die Mieten pro Monat um vier Cent pro Quadratmeter steigen, teilte der Berliner Mieterverein mit. Wer in einer 100-Quadratmeter-Wohnung lebt, muss also künftig 48 Euro mehr im Jahr für Betriebskosten bezahlen. Die Grundsteuer kann und wird in der Regel als Betriebskosten auf die Mieten vertraglich umgelegt. „Die geplante Erhöhung der Grundsteuer führt zu weiteren Mehrbelastungen für Mieter, die diese angesichts anderer Erhöhungen und Realeinkommensverlusten kaum noch verkraften können“, kritisierte der Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins, Hartmann Vetter. FDP-Fraktionschef Martin Lindner verwies darauf, dass Berlin mit 810 Punkten Grundsteuer weit vor dem Berliner Umland (im Schnitt unter 500) und Hamburg (540) liege. „Rot-Rot erdrückt damit das private Engagement in einer der größten Wachstumsbranche unserer Stadt, dem Immobiliensektor“,



Wohnen in Berlin, wie hier am Prenzlauer Berg, soll durch die Erhöhung der Grundsteuer teurer werden

FOTO: PA/ZB

sagte Lindner. Kritik kam auch vom Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzerverein. Steuererhöhungen als Antwort auf zu hohe Ausgaben seien der hilflose Ausdruck begrenzter politischer Denkfähigkeit und fehlenden politischen Mutes, monierte Dieter Blümmel, Sprecher von Haus & Grund.

Kein Geld für das Humboldt-Forum

Die potenziellen Koalitionäre haben sich am Montag auch darauf verständigt, kein Geld mehr für das geplante Humboldt-Forum bereitzustellen. Es soll auf dem Schlossplatz in Mitte entstehen. Das Land Berlin will auch keine Flächen für die Landesbibliothek und die Humboldt-Universität beanspruchen. Stadtschloss-Förderer zeigte sich davon gestern

nicht sehr beeindruckt. 60 bis 100 Millionen Euro habe Berlin tragen wollen. Da es sich aber bei der Investition von Schlossbau und Humboldt-Forum im Wesentlichen um ein Bundesengagement handle, sei er gar nicht böse. „Bei einem Sieg Berlins in Karlsruhe wäre der Beitrag des Bundes massiv gefährdet gewesen.“ So könne der Bund nun gezielter investieren. Ins Humboldt-Forum wandern nun allein die Sammlungen außereuropäischer Kulturen aus den Dahlemer Museen. Von Boddien ist optimistisch: Baubeginn auf dem Schlossplatz soll 2009 sein. „Ziel der Fertigstellung könnte der 3. Oktober 2015 sein.“

Die U-Bahn-Linie 55, die sogenannte Kanzlerlinie, wird eine Kurzstrecke bleiben. Das Land Berlin ist mit der Entscheidung vom Montag aus der

Finanzierung der Strecke zwischen Pariser Platz und Alexanderplatz ausgestiegen. Berlin gerät dadurch in Gefahr, die

Rechen-Beispiele

Mieterhöhung Der Berliner Mieterverein hat errechnet, dass die Erhöhung der Grundsteuer von durchschnittlich 20 auf 24 Cent die Betriebskosten von 1,45 Euro auf 1,49 Euro pro Monat anhebt. Für eine 60 Quadratmeter große Wohnung ergibt sich eine Mehrbelastung von 2,40 Euro pro Monat und 28,80 Euro pro Jahr.

Verkauf Der rot-rote Senat verspricht sich aus dem Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft Einnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. Bislang hatte vor allem die SPD die Veräußerung abgelehnt. sz

Vorleistung des Bundes in Höhe von 150 Millionen Euro zurückzahlen zu müssen. So viel hatte der Bund für den Ausbau vom Hauptbahnhof über den Reichstag zum Brandenburger Tor vorgestreckt.

Kanzler-U-Bahn bleibt Kurzstrecke

Zentrale Bedingung damals: Mit dem Weiterbau bis zum Alexanderplatz, der insgesamt 3,9 Kilometer lang sein wird, soll bis 2010 begonnen werden. „Wir führen mit dem Bund Gespräche über diese Frage“, sagte gestern die Sprecherin der Stadtentwicklungsverwaltung, Petra Rohland. Nach ihren Angaben war es zudem eine Forderung des Bundes, dass die Kurzstrecke bis 2008 in Betrieb geht. Ob das umgesetzt werden kann, ist derzeit ebenfalls fraglich.